

Antrag A4



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

zur 9. Landesdelegiertenversammlung

Antragsteller:
MIT KV Wesel

Bürokratieabbau

Die MIT-Landesdelegierten mögen zur Weiterleitung an die Landes-CDU Folgendes beschließen

Die Landesregierung wird aufgefordert, analog zu ihren Wahlversprechen von 2005, die Zahl der Entscheidungsebenen in NRW zu reduzieren, damit Entscheidungsprozesse verkürzt werden und somit Investitionsvorhaben schneller umgesetzt werden können. Zudem sind Vorkehrungen zu treffen, damit die Zahl der Gesetze und Verordnungen bis zum Ende dieser Legislaturperiode um mindestens 50% reduziert werden kann.

Begründung:

Bezüglich des angekündigten Bürokratieabbaus ist bei der MIT eine deutliche Ernüchterung eingetreten. Es steht nun fest, dass uns die Regierungspräsidien erhalten bleiben. Nun soll auch noch die Existenz der Regionalräte festgeschrieben und deren Kompetenz ausgedehnt werden. Die MIT kritisiert diese Fehlentwicklung mit aller Entschiedenheit und fordert ein sofortiges Umlenken. Wozu brauchen wir die Regionalräte? Weg damit ! Die entsprechenden zu treffenden Entscheidungen sind auf die Kommunen und damit zur Basis zu übertragen.

Empfehlungen der Antragskommission:

Die Antragskommission empfiehlt die gemeinsame Beratung der Anträge A4 und A6, da diese beide Methoden des Bürokratieabbaus zum Thema haben. Nach Ansicht der Antragskommission ist die grundsätzlich Zielrichtung des Antrages 4 positiv. In Teilen stellt der Antrag jedoch nicht zutreffende Sachverhalte fest bzw. sind die Aktivitäten zum Bürokratieabbau auf Bundes- und Landesebene inzwischen weitergegangen. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages A6 in folgender geänderter Fassung:

Änderung Zeile 29/30, ersetze von „Damit...“ bis „...werden.“:

Wir begrüßen, dass das Projekt aus dem Kanzleramt heraus koordiniert wird.